

Ingenieurvertrag Tragwerksplanung

Zwischen

Magistrat der Stadt Schwalbach am Taunus, Marktplatz 1-2, 65824 Schwalbach am Taunus

– nachfolgend „**Auftraggeber**“ genannt –

und

[----]

– nachfolgend „**Auftragnehmer**“ genannt –

wird folgender Ingenieurvertrag geschlossen:

§ 1 Gegenstand des Vertrages und Leistungsziele

- (1) Gegenstand dieses Vertrags sind Ingenieurleistungen der Tragwerksplanung gemäß §§ 49–52 HOAI i.V.m. Anlage 14 zur HOAI (Leistungsbild Tragwerksplanung) zur Planung und Errichtung des Neubaus Feuerwehr und Bauhof in Schwalbach am Taunus.
- (2) Der Auftraggeber überträgt dem Auftragnehmer und der Auftragnehmer übernimmt gegenüber dem Auftraggeber die Erbringung der sich im Einzelnen aus §§ 2–4 sowie dem Leistungsbild Tragwerksplanung gemäß § 51 HOAI i.V.m. Anlage 14 zur HOAI ergebenden Ingenieurleistungen nach Maßgabe der als Anlage 1 beigefügten Leistungs- und Tätigkeitsbeschreibung. Die Leistungspflichten des Auftragnehmers setzen die rechtzeitige Bereitstellung der erforderlichen Vorleistungen der Objektplanung voraus.
- (3) Die Vertragsparteien gehen von Gesamt-Baukosten gemäß DIN 276 in der Fassung vom Dezember 2008 (DIN 276-1: 2008-12) (Kostengruppen 300, 400) in Höhe von EUR 11,897 Mio. (netto) (sowie Kostengruppe 500 (Lärmschutzwand)) in Höhe von EUR 194.612 (netto) aus. Die anrechenbaren Kosten für die Grundleistungen der Tragwerksplanung werden gemäß § 50 Abs. 1 HOAI ermittelt: Anrechenbar sind 55 Prozent der Kosten der Baukonstruktion (Kostengruppe 300 nach DIN 276) sowie 10 Prozent der Kosten der Technischen Anlagen (Kostengruppe 400 nach DIN 276). Die Kostenverantwortung des Auftragnehmers beschränkt sich auf den tragwerksrelevanten Anteil der Baukosten im Sinne dieser Berechnungsgrundlage. Die anrechenbaren Kosten werden nach Abschluss der Leistungsphase 3 auf Grundlage einer vom Auftragnehmer zu erstellenden, prüffähigen und nachvollziehbaren Kostenberechnung gemäß § 6 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 HOAI ermittelt und von dem Auftraggeber schriftlich anerkannt und bestätigt. Die gemäß vorstehendem Satz bestätigte Kostenberechnung stellt sodann die verbindliche Baukostenobergrenze für den tragwerksrelevanten Anteil dar.
- (4) Das Bauvorhaben soll spätestens im März 2030 fertiggestellt sein.
- (5) Die Zielvorstellungen des Auftraggebers zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses ergeben sich aus der Leistungs- und Tätigkeitsbeschreibung (Anlage 1).
- (6) Die Parteien sind sich darüber einig, dass die wesentlichen Planungs- und Überwachungsziele hinreichend definiert sind, so dass eine Zielfindungsphase im Sinne von § 650p Abs. 2 BGB entfällt. Das Sonderkündigungsrecht des § 650r BGB ist insoweit nicht einschlägig.

§ 2 Grundlagen des Vertrages

Grundlagen des Vertragsverhältnisses sind in nachstehender Reihen- und Rangfolge:

- (1) Die Bestimmungen dieses Vertrages.
- (2) Die Leistungs- und Tätigkeitsbeschreibung Tragwerksplanung des Auftraggebers, Anlage 1.
- (3) Die Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen des Landes Hessen, Anlage 2.
- (4) Das Angebot des AN vom [----] in der Fassung vom [----], Anlage 3.
- (5) Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure in der Fassung vom 10. Juli 2013, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) (nachfolgend „HOAI“), insbesondere §§ 49–52 HOAI i.V.m. Anlage 14 (Leistungsbild Tragwerksplanung). Die HOAI gilt als Berechnungsgrundlage für das vereinbarte Honorar; eine Preisrechtsbindung besteht nicht. Eine schriftliche Honorarvereinbarung ist gemäß Abs. 4 und § 8 dieses Vertrages getroffen.
- (6) Die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Werkvertrag (§§ 631 ff. BGB), insbesondere diejenigen über den Architekten- und Ingenieurvertrag (§§ 650p ff. i.V.m. §§ 631 ff. und §§ 650b ff. BGB).
- (7) Die für die Tragwerksplanung maßgeblichen technischen Normen und Regelwerke, insbesondere die Eurocodes (DIN EN 1990 ff.) sowie die zugehörigen nationalen Anwendungsdokumente (NAD), DIN-Normen für Tragwerksplanung sowie die einschlägigen Prüfstatikregelungen nach der Hessischen Bauordnung (HBO) und der Hessischen Prüfberechtigten- und Prüfsachverständigenverordnung (HPPVO).
- (8) Die auf das Bauvorhaben anwendbaren gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen und Auflagen, insbesondere bau-, gewerbe- und feuerpolizeilicher Art.
- (9) Die zum Abnahmezeitpunkt anerkannten Regeln der Technik, einschließlich aller für die Realisierung des Bauvorhabens einschlägigen Richtlinien und Normen, DIN-Normen sowie VDI-, VDE- und VDS-Vorschriften.
- (10) Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden nicht Vertragsbestandteil, selbst wenn im Angebot des Auftragnehmers auf solche verwiesen wird.

§ 3 Stufenweise Beauftragung

- (1) Die Beauftragung des AN erfolgt stufenweise. Es erfolgt zunächst eine Beauftragung von Leistungen der Leistungsphasen 1 bis 3 der Tragwerksplanung (Beauftragungsstufe I: Grundlagenermittlung, Vorplanung und Entwurfsplanung / konstruktiver Entwurf). Optional ist dann die Weiterbeauftragung von Leistungen der Leistungsphasen 4 und 5 (Beauftragungsstufe II: Genehmigungsstatik und Ausführungsstatik) sowie von Leistungen der Leistungsphase 6 (Beauftragungsstufe III: Vorbereitung der Vergabe).
- (2) Beauftragungsstufe I: Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit der Erbringung von Grundleistungen im Leistungsbild Tragwerksplanung gemäß § 51 HOAI der Leistungsphasen 1 bis 3 nach § 51 Abs. 1 HOAI i.V.m. Anlage 14.1 zur HOAI sowie den ausdrücklich benannten besonderen Leistungen nach Maßgabe der als Anlage 1 beigefügten Leistungs- und Tätigkeitsbeschreibung. Die Beauftragungsstufe I umfasst insbesondere:
 - LPH 1: Grundlagenermittlung (3 % der Grundleistungen)
 - LPH 2: Vorplanung (10 % der Grundleistungen)
 - LPH 3: Entwurfsplanung / konstruktiver Entwurf (15 % der Grundleistungen)
- (3) Der AG behält sich das Recht vor, den Auftragnehmer mit der Erbringung der folgenden weiteren Leistungen nach Maßgabe der nachstehenden Beschreibung zu beauftragen (Optionsrecht):

- a. Beauftragungsstufe II: Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit der Erbringung von Grundleistungen im Leistungsbild Tragwerksplanung gemäß § 51 HOAI der Leistungsphasen 4 und 5 nach § 51 Abs. 1 HOAI i.V.m. Anlage 14.1 zur HOAI sowie den ausdrücklich benannten besonderen Leistungen nach Maßgabe der als Anlage 1 beigefügten Leistungs- und Tätigkeitsbeschreibung. Die Beauftragungsstufe II umfasst insbesondere:
 - LPH 4: Genehmigungsplanung / prüffähige Statik und Positionspläne
 - LPH 5: Ausführungsplanung / Schalpläne, Bewehrungspläne, Stahlbaupläne
- b. Beauftragungsstufe III: Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit der Erbringung von Grundleistungen im Leistungsbild Tragwerksplanung gemäß § 51 HOAI der Leistungsphase 6 nach § 51 Abs. 1 HOAI i.V.m. Anlage 14.1 zur HOAI sowie den ausdrücklich benannten besonderen Leistungen nach Maßgabe der als Anlage 1 beigefügten Leistungs- und Tätigkeitsbeschreibung. Die Beauftragungsstufe III umfasst:
 - LPH 6: Vorbereitung der Vergabe / Mengenermittlung, Beitrag zum Leistungsverzeichnis

Der Auftraggeber ist berechtigt, einzelne, mehrere oder sämtliche der für die Beauftragungsstufen II oder III vorgesehenen Leistungen zu beauftragen. Die Beauftragung erfolgt jeweils durch schriftliche Mitteilung des Auftraggebers an den Auftragnehmer. Die Mitteilung muss dem Auftragnehmer spätestens 2 Wochen vor der jeweiligen Leistungserbringung zugehen. Beauftragt der Auftraggeber den Auftragnehmer, ist der Auftragnehmer zur Erbringung der Leistungen zu den Bedingungen dieses Vertrages verpflichtet.

Wird der Auftragnehmer nicht mit Leistungen der Beauftragungsstufe II beauftragt, so ist das Vertragsverhältnis mit Abschluss der Beauftragungsstufe I beendet. Wird der Auftragnehmer nicht mit Leistungen der Beauftragungsstufe III beauftragt, so ist das Vertragsverhältnis mit Abschluss der Beauftragungsstufe II beendet. Die Vergütung erfolgt dann gemäß dem erbrachten und nachgewiesenen Leistungsstand. Für nicht beauftragte optionale Leistungen stehen dem Auftragnehmer für diese Leistungsteile weder Vergütungs-, Aufwendungs-, Schadensersatz- noch sonstige Ansprüche zu.

- (4) Aus der stufenweisen Beauftragung kann der Auftragnehmer keine Erhöhung seines Honorars herleiten. Auch bei stufenweiser Beauftragung ist der insgesamt geschuldete Werkerfolg die Erstellung einer den Planungszielen des § 1 entsprechenden, dauerhaft genehmigungsfähigen und prüffähigen Tragwerksplanung. Der Auftragnehmer verpflichtet sich bereits jetzt, sämtliche in § 3 aufgeführten Leistungen bei gesonderter Auftragserteilung gegenüber dem Auftraggeber zu erbringen.
- (5) Beauftragt der Auftraggeber den Auftragnehmer später nur mit einzelnen Teilleistungen einer Leistungsphase, resultiert daraus weder eine Beauftragung einer gesamten Leistungsphase noch eine Beauftragung vorangehender Leistungsphasen oder anderer Teilleistungen.
- (6) Werden dem Auftragnehmer nur Teile einer Leistungsphase übertragen, ist das Honorar für die übertragenen Teilleistungen entsprechend ihrem Anteil an der jeweiligen Leistungsphase in Textform zu vereinbaren (§ 8 Abs. 2 HOAI). Maßgeblich sind die in Anlage 14.1 HOAI ausgewiesenen Grundleistungen der jeweiligen Leistungsphase. Einem gesonderten Koordinierungs- oder Einarbeitungsaufwand ist durch eine in Textform zu treffende gesonderte Vergütungsvereinbarung Rechnung zu tragen (§ 8 Abs. 3 HOAI).
- (7) Ein Anspruch auf Beauftragung einzelner und/oder sämtlicher optionaler Leistungen besteht nicht. Dies gilt auch dann, wenn der AN im Zuge etwaiger Leistungen der jeweils bereits beauftragten Beauftragungsstufe bereits Teilleistungen erbringt, die auch

Bestandteil einer oder mehrerer der optionalen Leistungen sind, die noch nicht abgerufen wurden.

§ 4 Änderung des Vertrages und Vergütungsanpassung

- (1) Für Änderungen des Vertrags (Änderung) und das Anordnungsrecht des Auftraggebers gilt § 650q Abs. 1 i.V.m. § 650b BGB mit den nachfolgenden Modifikationen:
Wenn nach § 650b Abs. 1 BGB ein Angebot über die Mehr- und Mindervergütung vorzulegen ist, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber dieses unverzüglich nach Erhalt des Änderungsbegehrens in Textform vorzulegen. Ist der Auftragnehmer in diesen Fällen nicht in der Lage, ein Angebot innerhalb der vorstehenden Frist zu erstellen, hat er dies unverzüglich anzuzeigen; es gilt dann stattdessen eine angemessene Frist.
- (2) Das Angebot des Auftragnehmers muss prüfbar sein; § 5 Abs. 2 ist zu beachten.
- (3) Die Kosten der Angebotserstellung trägt der Auftragnehmer. Dies gilt auch dann, wenn der Auftraggeber das Angebot des Auftragnehmers nicht annimmt oder von der Leistungsänderung ganz oder teilweise Abstand nimmt. Sind jedoch über das übliche Maß einer Angebotserstellung hinausgehende Planungsleistungen, z.B. in Form einer Machbarkeitsstudie, zu erbringen, werden diese Leistungen auf Basis der Stundenverrechnungssätze oder über eine Pauschale vergütet. Erfolgt eine Beauftragung dieser angebotenen Änderungsleistung, wird das geschuldete Honorar auf die weitere Vergütung angerechnet.
- (4) Ein Anspruch auf Mehrvergütung besteht insbesondere in folgenden Fällen, sofern die Änderung nicht vom Auftragnehmer zu vertreten ist:
 - a) Nachträgliche Änderung der Lastannahmen durch den Auftraggeber oder den Objektplaner;
 - b) Abweichungen vom Baugrundgutachten, die nachträgliche Umplanung des Tragwerks erforderlich machen;
 - c) Nachträgliche Verschärfung oder Änderung von Brandschutzanforderungen mit Auswirkungen auf das Tragwerk;
 - d) Nachträgliche Materialumstellung (z.B. Wechsel der Tragwerkskonstruktionsart) auf Weisung des Auftraggebers.
- (5) Drohen dem Auftraggeber ohne eine unverzügliche Ausführung einer Änderung, die zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolgs notwendig ist (§ 650b Abs. 1 Nr. 2 BGB), schwerwiegende Nachteile (Gefahr in Verzug), ist der Auftraggeber berechtigt, die Änderung vor Ablauf der in § 650b Abs. 2 BGB genannten Frist anzuordnen.
- (6) Eine Einigung der Parteien nach § 650b Abs. 2 BGB bedarf der Textform.
- (7) Die Vergütungsanpassung für den Fall von Änderungen des Vertrags richtet sich nach § 650b Abs. 2 BGB.

§ 5 Vertragstermine

- (1) Der Auftragnehmer hat seine Leistungen (§ 3) zu folgenden Terminen zu erbringen (verbindliche Vertragsfristen). Die Termine der Tragwerksplanung sind an den Planungsfortschritt des Objektplaners (Architekten) gekoppelt und setzen die rechtzeitige Bereitstellung der erforderlichen Vorleistungen des Objektplaners voraus:

	Leistung	Termin
a)	Abschluss Vorstatik (LPH 2/3) und Entwurfsplanung Tragwerk	Oktober 2026
b)	Abschluss LPH 4, Übergabe prüffähige Genehmigungsstatik / Positionspläne	Dezember 2026
c)	Späteste Übergabe nach Fertigstellung / Inbetriebnahme	März 2030

- (2) Wird für den Auftragnehmer erkennbar, dass der vorgesehene Planungs- oder Bauablauf nicht eingehalten werden kann, z.B. wegen unvorhergesehener äußerer Umstände, Verzögerungen in der Objektplanung oder wegen Anordnungen des Auftraggebers, ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber hierüber umgehend und umfassend zu unterrichten.
- (3) Der Auftragnehmer hat die von ihm geschuldeten Leistungen für die einzelnen Leistungsphasen und die kontrollfähigen Arbeitsschritte gemäß dem in der Aufgaben- und Projektbeschreibung enthaltenen Terminplan zu erbringen, insbesondere seine Leistung so zügig zu beginnen, auszuführen, zu fördern und zu vollenden, dass das Bauvorhaben ohne zeitliche Verzögerungen und unter Einhaltung der vom Auftraggeber oder von sonstigen Projektbeteiligten gesetzten angemessenen Fristen und Termine realisiert werden kann.
- (4) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich auf Terminüberschreitungen gegenüber dem Terminplan hinzuweisen, sobald diese erkennbar sind. Der Auftragnehmer ist in diesem Fall verpflichtet, den Auftraggeber schriftlich über die Ursachen der aufgetretenen Störungen wahrheitsgemäß aufzuklären und schriftliche Vorschläge zur Einhaltung der Termine zu unterbreiten. Die Vorschläge müssen auch Hinweise zu den voraussichtlichen Auswirkungen auf Kosten und Qualität des Bauvorhabens enthalten.
- (5) Ist zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Vertrages bzw. bei der späteren Beauftragung weiterer Beauftragungsstufen gemäß § 3 Abs. 2 ff. dieses Vertrages für die vereinbarten Leistungen bzw. die vereinbarten Leistungsschritte/Leistungsphasen noch keine Festlegung von Vertragsterminen erfolgt, hat der Auftragnehmer diesen Planungsterminplan binnen eines Monats nach Vertragsunterzeichnung zu erstellen und dem Auftraggeber zu übergeben.
- (6) Mit dem Auftraggeber ist auf dieser Grundlage der Terminplan abzustimmen und verbindlich als Vertragsbestandteil zu vereinbaren. Erfüllt der Auftragnehmer diese Verpflichtung nicht, ist der Auftraggeber berechtigt, die weiteren Termine für die vereinbarten Leistungsschritte nach billigem Ermessen gemäß § 315 BGB festzulegen.

§ 6 Ausführung der Leistung

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die ihm vom Auftraggeber übertragenen Tragwerksplanungsleistungen nach den allgemein anerkannten Regeln der Bautechnik, insbesondere nach den einschlägigen Eurocodes (DIN EN 1990 ff.) und den zugehörigen nationalen Anwendungsdokumenten, sowie nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit zu erbringen. Er hat insbesondere Standsicherheits- und Gebrauchstauglichkeitsnachweise nach dem aktuellen Stand der Normung zu führen.

- (2) Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber im Rahmen der vereinbarten Leistungen über alle bei der Durchführung seiner Aufgaben wesentlichen Umstände, insbesondere über Qualitäts-, Termin- oder Kostenabweichungen im tragwerksrelevanten Bereich, unaufgefordert oder auf entsprechendes Verlangen des Auftraggebers unverzüglich zu unterrichten und dem Auftraggeber Lösungsvorschläge zu unterbreiten und auf mögliche Einsparungen hinzuweisen.
- (3) Soweit der Auftragnehmer Unterlagen, Vorgaben und Entscheidungen der Objektplanung für die Ausführung seiner Leistungen benötigt, ist er verpflichtet, den Auftraggeber und den Objektplaner so rechtzeitig schriftlich darauf hinzuweisen, dass der Auftragnehmer seine Leistungen rechtzeitig erbringen kann.
- (4) Der Auftragnehmer wird seine Leistungen unter durchgängiger Verwendung eines CAD-Systems erbringen. In allen Leistungsphasen wird er sämtliche relevanten Daten in den zuvor abgestimmten Formaten (Papierversion 2-fach und digital im pdf-Format, Excel-Format bei Tabellen, dwg-Format für Zeichnungen) an alle Beteiligten weiterleiten.
- (5) Bedenken gegen Entscheidungen des Auftraggebers oder des Objektplaners, insbesondere solche, die die Standsicherheit oder Gebrauchstauglichkeit des Tragwerks berühren, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
- (6) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, aktiv an der Prüfstatik mitzuwirken. Er hat die Prüfung durch den zuständigen Prüfsachverständigen für Baustatik (gemäß HPPVO) vorzubereiten, während der Prüfung zur Verfügung zu stehen und die Berechnungen und Pläne nach Maßgabe der Prüfanmerkungen zu vervollständigen und zu berichtigen. Einwendungen des Prüfsachverständigen sind unverzüglich zu klären.
- (7) Der Auftragnehmer hat das vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Baugrundgutachten auszuwerten und die Ergebnisse in die Tragwerksplanung, insbesondere in die Gründungsplanung, einzuarbeiten. Weichen die tatsächlichen Baugrundverhältnisse von den Annahmen des Gutachtens ab, ist der Auftraggeber unverzüglich zu informieren.
- (8) Der Auftragnehmer wirkt bei der Auswertung des Brandschutzkonzepts mit und stellt sicher, dass die Tragfähigkeit des Tragwerks im Brandfall nach den normativen Anforderungen (insb. DIN EN 1992-1-2 ff.) nachgewiesen wird.
- (9) Die Planunterlagen, statischen Berechnungen und sämtliche sonstigen das Tragwerk betreffende Unterlagen (in verkörperter und elektronischer Form) stehen dem Auftraggeber zu. Der Auftragnehmer wird diese Unterlagen dem Auftraggeber in 2-facher Ausfertigung in Papierform sowie zusätzlich digital als CAD-Datei (dwg- oder dxf-Format) und als pdf-Datei spätestens bei der Abnahme übergeben. Soweit Unterlagen nicht an den Auftraggeber zu übergeben sind, kann der Auftragnehmer diese nach Ablauf von 10 Jahren nach Abnahme seiner Leistung vernichten, wenn er dem Auftraggeber zuvor ihre Übernahme angeboten hat und dieser die Übernahme abgelehnt hat.
- (10) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Leistungen mindestens in der Güte und Qualität zu erbringen, die er aufgrund seiner entsprechenden Konzepte angeboten hat. In jedem Fall ist mindestens die Güte und Qualität gefordert, die aufgrund dieses Vertrages, der Leistungs- und Tätigkeitsbeschreibung oder aufgrund allgemeingültiger Normen gefordert ist.
- (11) Die Vergabe von Unteraufträgen kann nur mit Zustimmung des Auftraggebers erfolgen und nur dann, wenn der Auftragnehmer dem Auftraggeber zuvor die entsprechende Qualifikation des Unterauftragnehmers nachgewiesen hat. Unterauftragnehmer des Auftragnehmers sind dessen Erfüllungsgehilfen.
- (12) Es wird klargestellt, dass der Auftragnehmer keine Bauüberwachung im Sinne der LPH 8 schuldet. Eine Bauüberwachungspflicht obliegt dem Objektplaner. Der Auftragnehmer ist auch nicht für die Koordination aller Fachplaner verantwortlich; diese

Koordinationspflicht liegt beim Objektplaner. Der Auftragnehmer ist jedoch verpflichtet, vor Ausführung der Konstruktionszeichnungen Koordinationsgespräche mit den Fachingenieuren für die gebäudetechnischen Anlagen zu führen und die für die technischen Anlagen erforderlichen Wand- und Deckendurchbrüche sowie Einlegeteile in seine Konstruktionszeichnungen zu übernehmen.

- (13) Der Auftragnehmer ist dem Auftraggeber jederzeit zur umfassenden und wahrheitsgemäßen Auskunft verpflichtet. Gleiches gilt für die Herausgabe der durch den Auftragnehmer zur Erfüllung dieses Vertrages angefertigten sowie der durch den Auftraggeber beigestellten Unterlagen. Sämtliche Unterlagen sind dem Auftraggeber spätestens nach Erfüllung der übertragenen Leistungen zu übergeben; sie werden dessen Eigentum. Eine besondere Vergütung entsteht dadurch nicht.
- (14) Der Auftragnehmer versichert, dass er auf Grund gesellschaftsrechtlicher oder sonstiger Verknüpfungen in keinem Interessenskonflikt – wirtschaftlicher und/oder rechtlicher Art – zu einem mit der Bauausführung stehenden Unternehmen steht. Sollte es während der Vertragslaufzeit zu einem möglichen Interessenskonflikt kommen, wird der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich darüber informieren.
- (15) Der Auftragnehmer trifft eigenverantwortlich sämtliche Maßnahmen, die gemäß der Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (nachfolgend auch „BaustellV“ genannt) dem Bauherrn obliegen. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von allen Verpflichtungen und Ansprüchen Dritter aus oder im Zusammenhang mit der schuldhafte Verletzung der BaustellV frei.
- (16) Der Auftraggeber weist ausdrücklich darauf hin, dass der Auftragnehmer bei der Planung sämtliche einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften/Unfallkassen sowie die Technischen Regeln für Arbeitsstätten (ASR) zu beachten hat und diese verbindlich in die Planung zu integrieren sowie umzusetzen hat.

§ 7 Projektteam

- (1) Der Auftragnehmer hat die vereinbarten Leistungen persönlich bzw. mit seinen Gesellschaftern und seinen angestellten Mitarbeitern zu erbringen. Die Übertragung vereinbarter Leistungen an Dritte bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers, die dieser nur aus wichtigem Grund verweigern darf.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf Verlangen des Auftraggebers die Qualifikationsnachweise des verantwortlichen Tragwerksplaners (insbesondere Nachweise über Bauvorlageberechtigung, Eintragung in die Ingenieurkammer sowie Berufshaftpflichtversicherung) vorzulegen.
- (3) Der Auftragnehmer benennt einen verantwortlichen Tragwerksplaner, der bauvorlageberechtigt ist, soweit dies nach den baurechtlichen Vorschriften erforderlich ist. Die Projektleitung des Auftragnehmers besteht aus einem Projektleiter und einem stellvertretenden Projektleiter. Frau/Herr [----] wird zum Projektleiter des Auftragnehmers bestimmt. Stellvertreter ist Frau/Herr [----]. Der verantwortliche Tragwerksplaner steht dem Auftraggeber insbesondere für Prüftermine mit dem Prüfsachverständigen für Baustatik als Ansprechpartner und Vertreter des Auftragnehmers zur Verfügung. Die Projektleitung ist gegenüber dem Auftraggeber zur Vertretung des Auftragnehmers ermächtigt und darf ohne seine Zustimmung weder ganz noch teilweise ausgetauscht werden.
- (4) Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes kann der Auftraggeber die Auswechslung des Projektleiters, des stellvertretenden Projektleiters oder sonstiger Mitglieder des Projektteams verlangen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn ein Mitarbeiter des Auftragnehmers nach Einschätzung des Auftraggebers die notwendige fachliche oder persönliche Eignung für die Erfüllung seiner Aufgabe vermissen lässt.

- (5) Auftraggeber und Auftragnehmer benennen außerdem die nachfolgenden verantwortlichen Ansprechpartner:
- Herr/Frau [----] (Auftraggeber)
 - Herr/Frau [----] (Auftragnehmer)
- (6) Die Ansprechpartner müssen in der Lage sein, im Rahmen der Vertragserfüllung jederzeit verbindliche Erklärungen abzugeben. Zur Abgabe von rechtsgeschäftlichen Erklärungen sind sie nicht befugt und nicht verpflichtet.

§ 8 Honorar

- (1) Die Vergütung des Auftragnehmers richtet sich nach der HOAI, insbesondere nach Teil 1 (§§ 1–16 HOAI) sowie Teil 4 Fachplanung, Abschnitt 1 Tragwerksplanung (§§ 49–52 HOAI i.V.m. Anlage 14). Grundlage der Honorarermittlung sind die Grundleistungen gemäß § 51 HOAI i.V.m. Anlage 14.1 unter Berücksichtigung der vom Auftragnehmer im Honorarblatt angegebenen Bewertungsparameter. Da die HOAI kein verbindliches Preisrecht darstellt, gilt das nachstehend vereinbarte Honorar als schriftliche Honorarvereinbarung im Sinne des § 7 HOAI.
- (2) Die Leistungen der Tragwerksplanung werden der Honorarzone [----] gemäß § 52 i.V.m. Anlage 14.2 HOAI zugeordnet. Die vorläufigen anrechenbaren Kosten für die Grundleistungen der Tragwerksplanung betragen EUR [----] netto. Die anrechenbaren Kosten werden gemäß § 50 Abs. 1 HOAI ermittelt: Anrechenbar sind 55 Prozent der Kosten der Baukonstruktion (Kostengruppe 300 nach DIN 276) sowie 10 Prozent der Kosten der Technischen Anlagen (Kostengruppe 400 nach DIN 276). Der Honorarsatz ist der Basissatz / [----] (Mindestsatz / Höchstsatz – Zutreffendes ankreuzen).
- (3) Die Bewertung der Grundleistungen je Leistungsphase richtet sich nach Anlage 14.1 zur HOAI:
- LPH 1 (Grundlagenermittlung): 3 %
 - LPH 2 (Vorplanung): 10 %
 - LPH 3 (Entwurfsplanung): 15 %
 - LPH 4 (Genehmigungsplanung): 30 %
 - LPH 5 (Ausführungsplanung): 40 %
 - LPH 6 (Vorbereitung der Vergabe): 2 %
 - Gesamtgrundleistungen: 100 %
- Die auf die einzelnen Beauftragungsstufen entfallenden Honoraranteile verteilen sich demnach wie folgt:
- Beauftragungsstufe I (LPH 1–3): 28 % des Gesamthonorars für Grundleistungen
 - Beauftragungsstufe II (LPH 4–5): 70 % des Gesamthonorars für Grundleistungen
 - Beauftragungsstufe III (LPH 6): 2 % des Gesamthonorars für Grundleistungen
- (4) Da es sich bei dem Bauvorhaben um einen Neubau handelt (§ 2 Abs. 2 HOAI), findet ein Umbau- oder Modernisierungszuschlag gemäß § 6 Abs. 2 i.V.m. § 52 Abs. 4 HOAI keine Anwendung. Sollte im Rahmen der Beauftragung gleichwohl ein Leistungsanteil an Bestandskonstruktionen zu erbringen sein, vereinbaren die Parteien den Umbauzuschlag für diesen Leistungsanteil gesondert in Textform.
- (5) Auf das Honorar der Grundleistungen nach Abs. 2 wird ein projektbezogener Zu- oder Abschlag gemäß Angebot des AN angewendet. Der Prozentsatz beträgt für die Beauftragungsstufe I [----] %, für die Beauftragungsstufe II [----] % und für die

Beauftragungsstufe III [----] %. Weitere Zu- oder Abschläge, die das Honorar nach Absatz (2) erhöhen oder vermindern, werden nicht vereinbart.

- (6) Die Besonderen Leistungen werden pauschal nach Maßgabe der im Honorarblatt ausgewiesenen Beträge vergütet.
- (7) Sämtliche Nebenkosten gemäß § 14 HOAI (z.B. Reisen, Vervielfältigungen, Versand, Kommunikation, Präsentationen, Dokumentation) werden pauschal mit [----] % des Nettohonorars für Grundleistungen nach Absatz (2) dieses Vertrages einschließlich der jeweiligen Zu- und Abschläge nach Absatz (5) vergütet. Eine gesonderte Abrechnung einzelner Nebenkosten erfolgt nicht.
- (8) Für die Erarbeitung des Angebotes lobte der Auftraggeber für jeden Bieter eine Entschädigung in Höhe von [----] Euro (brutto) aus. Die vom Auftraggeber gewährte Entschädigung wird bei der späteren Honorarabrechnung des Auftragnehmers in Abzug gebracht.

§ 9 Zusätzliche Leistungen

- (1) Sollten nach Abschluss dieses Vertrages zusätzliche besondere Leistungen oder Beratungsleistungen erforderlich werden, so wird der AG diese unter Vorlage der von ihm getroffenen schriftlichen Anordnung und auf Nachweis des AN zu nachstehend aufgeführten Stundensätzen vergüten, sofern keine freie Honorarvereinbarung getroffen wird, für den:

	Position	Stundensatz
a)	Projektleiter / verantwortlicher Tragwerksplaner	EUR [----]
b)	Stellvertretender Projektleiter	EUR [----]
c)	Projektingenieur	EUR [----]
d)	Zeichner, Techniker	EUR [----]

Als typische besondere Leistungen der Tragwerksplanung, die gesondert zu vergüten sind, gelten insbesondere:

- a) Erdbebennachweise gemäß DIN EN 1998;
- b) Schwingungsnachweise (z.B. für Decken mit besonderen Anforderungen);
- c) Planung und Bemessung des Baugrubenverbau;
- d) Bauzustandsberechnungen (z.B. Montagezustände);
- e) Wärmebrückennachweise tragwerksrelevanter Bauteile;
- f) Mitwirkung bei BIM-Planung (sofern vereinbart und über die Grundleistung hinausgehend);
- g) Bestandserkundung und Untersuchung bestehender Tragkonstruktionen;
- h) Erstellung von Werkstattzeichnungen (keine Grundleistung).

Notwendige Überarbeitungen und Nachbesserungen der Leistungen des AN, insbesondere zur Einhaltung der Kosten- und Terminvorgaben sowie zur Erfüllung von Prüfanforderungen, begründen keinen Anspruch auf zusätzliche Vergütung.

- (2) Der Nachweis des Zeitbedarfs erfolgt durch Vorlage von Stundenzetteln. Diese sind dem Auftraggeber längstens im Abstand von sechs Werktagen vorzulegen. Der AG hat innerhalb von sechs Werktagen nach Zugang die Stundenzettel mit einem Bestätigungsvermerk oder gegebenenfalls mit Einwendungen zurückzugeben.

§ 10 Abrechnung

- (1) Die Vergütung des so ermittelten Honorars erfolgt zzgl. der Umsatzsteuer in jeweils gesetzlicher Höhe von derzeit 19 %.
- (2) Der Auftraggeber ist gemäß § 15 HOAI bei Vorlage prüfbarer Abschlagsrechnungen in angemessenen zeitlichen Abständen zur Leistung von Abschlagszahlungen für nachgewiesene und vertragsmäßig erbrachte Grundleistungen verpflichtet. Die Abschlagsrechnungen richten sich nach dem abgeschlossenen Leistungsstand der jeweiligen Leistungsphase.
- (3) Für die Fälligkeit der Honorare gelten die gesetzlichen Regelungen. Die Parteien vereinbaren für die Prüfung der Honorarschlussrechnung einen Prüfungszeitraum von zwei Monaten ab Zugang der Rechnung beim Auftraggeber. Die Schlussrechnung wird fällig mit vollständiger Übergabe der prüffähigen statischen Berechnung und Abnahme der Leistung.
- (4) Die Unterlagen zum Nachweis der einzelnen Leistungsphasen sind dem Auftraggeber vor Rechnungsstellung zur Abnahme vorzulegen. Die Abrechnung hat prüfbar auf Basis der anrechenbaren Kosten gemäß § 50 HOAI zu erfolgen.
- (5) Die Rechnungen sind wie folgt zu adressieren: [----]

§ 11 Allgemeine Pflichten des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber fördert die Planung und Durchführung des Bauvorhabens und wird anstehende Entscheidungen innerhalb angemessener Zeit treffen. Der Auftraggeber wird die notwendigen Sonderfachleute nach Beratung durch den Auftragnehmer beauftragen.
- (2) Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer rechtzeitig das Baugrundgutachten zur Verfügung. Ohne Vorliegen eines qualifizierten Baugrundgutachtens können keine verbindlichen Aussagen zur Gründung und Tragwerksplanung gemacht werden; etwaige Mehrkosten durch fehlende oder fehlerhafte Baugrundangaben trägt der Auftraggeber.
- (3) Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer rechtzeitig das Brandschutzkonzept zur Verfügung, soweit dieses für den Nachweis der Tragfähigkeit im Brandfall relevant ist.
- (4) Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer die jeweils aktuellen Pläne und Unterlagen des Objektplaners (Architekten) rechtzeitig und vollständig zur Verfügung. Eine Verzögerung der Tragwerksplanung durch verspätete oder unvollständige Übergabe von Vorleistungen des Objektplaners geht nicht zu Lasten des Auftragnehmers.
- (5) Der Auftraggeber klärt die Lastannahmen (Nutzung, Sonderlasten, Lagerflächen, Fahrzeuglasten etc.) und teilt diese dem Auftragnehmer rechtzeitig und vollständig mit.
- (6) Im Interesse eines reibungslosen Bauablaufs soll der Auftraggeber den am Bau Beteiligten Weisungen nur im Benehmen mit dem Auftragnehmer erteilen, soweit nicht Gefahr in Verzug ist.
- (7) Der Auftraggeber übergibt dem Auftragnehmer sämtliche das Bauvorhaben betreffende Rechnungen, soweit diese vom Auftragnehmer für die Vertragserfüllung, insbesondere für die Erstellung der prüffähigen Honorarrechnungen, benötigt werden.

§ 12 Abnahme

Der Auftraggeber nimmt die Vertragsleistung ab, sobald der Auftragnehmer sie insgesamt vertragsgemäß erbracht hat. Die Abnahme erfolgt förmlich.

Teilabnahmen nach Abschluss der jeweiligen Beauftragungsstufe sind möglich und zulässig. Eine Teilabnahme nach Beauftragungsstufe I erfolgt insbesondere mit der vollständigen Übergabe des konstruktiven Entwurfs und der Entwurfsplanung gemäß LPH 3. Eine Teilabnahme nach Beauftragungsstufe II erfolgt insbesondere mit der Übergabe der vollständigen, prüffähigen statischen Berechnung (Genehmigungsstatik) sowie der Positionspläne gemäß LPH 4 und der vollständigen Ausführungsplanung gemäß LPH 5.

Wird die Vertragsleistung vom Auftraggeber nicht innerhalb angemessener Frist nach Fertigstellungsmitteilung abgenommen, gilt § 640 Abs. 2 BGB (fiktive Abnahme nach Fristsetzung).

§ 13 Mängelansprüche und Verjährung

- (1) Die Mängelansprüche des Auftraggebers richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften. Als Mängel der Tragwerksplanungsleistung gelten insbesondere fehlerhafte statische Berechnungen, unvollständige oder nicht prüffähige Nachweise, Fehler in Bewehrungs- oder Schalplänen sowie die Nichterfüllung der vereinbarten Nachweisziele (Standicherheit, Gebrauchstauglichkeit, Tragfähigkeit im Brandfall).
- (2) Insbesondere steht dem Auftragnehmer nach § 650t BGB im Falle einer gesamtschuldnerischen Haftung mit einem ausführenden Unternehmen ein Leistungsverweigerungsrecht zu, sofern der Auftraggeber dem ausführenden Unternehmen noch nicht erfolglos eine angemessene Frist zur Nacherfüllung gesetzt hat.
- (3) Die Mängelansprüche des Auftraggebers verjähren fünf Jahre nach (Teil-)Abnahme der Vertragsleistung.

§ 14 Haftpflichtversicherung

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Berufshaftpflichtversicherung abzuschließen und für die Dauer der Verjährungsfrist für Mängelansprüche aufrechtzuerhalten. Die Deckungssummen dieser Versicherung müssen mindestens betragen:
 - a) für Personenschäden EUR 3.000.000,00
 - b) für sonstige Schäden (insbesondere Sach- und Vermögensschäden aus fehlerhafter statischer Berechnung): EUR 3.000.000,00 und in jedem Versicherungsjahr mindestens 2-fach zur Verfügung stehen.

Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die Versicherung auch Schäden aus fehlerhafter statischer Berechnung und Tragwerksplanung ausdrücklich umfasst.

- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Versicherung bis zum Ablauf seiner Verjährungsfrist für Mängelansprüche aufrecht zu erhalten.
- (3) Der Auftragnehmer hat auf Verlangen des Auftraggebers den Versicherungsschutz im vereinbarten Umfang nachzuweisen. Weist der Auftragnehmer den Versicherungsschutz nicht innerhalb von zwei Wochen nach schriftlicher Aufforderung durch den Auftraggeber nach, ist der Auftraggeber zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt.

§ 15 Umplanungspflichten zur Baukostenobergrenze

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Leistungen stets so zu erbringen, dass die verbindliche Baukostenobergrenze für den tragwerksrelevanten Anteil (gemäß § 1 Abs. 3 dieses Vertrages) eingehalten wird. Er ist verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu informieren, wenn erkennbar wird, dass diese Kostenobergrenze nicht eingehalten werden kann, und entsprechende Lösungsvorschläge zu unterbreiten.
- (2) Ist der Auftragnehmer trotz mehrmaliger Umplanung nicht in der Lage, eine Einhaltung der vorstehend bezeichneten verbindlichen Baukostenobergrenze und/oder die wirtschaftlichen Ziele des Projektes im Sinne des § 1 dieses Vertrages nach Überzeugung des Auftraggebers hinreichend sicherzustellen, ist dieser berechtigt, den vorliegenden Vertrag nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung i.S.v. § 314 Abs. 2 BGB zu beenden. § 16 Abs. 4 gilt insoweit entsprechend.
- (3) Klargestellt wird, dass die Umplanungspflicht des Auftragnehmers ausschließlich den tragwerksrelevanten Kostenanteil betrifft. Kostensteigerungen, die aus architektonisch oder anderweitig durch den Objektplaner bedingten Planungsänderungen resultieren, ohne dass der Auftragnehmer diese zu vertreten hat, begründen keine kostenlose Umplanungspflicht des Auftragnehmers; in diesen Fällen besteht ein Anspruch auf Mehrvergütung gemäß § 4 dieses Vertrages.

§ 16 Kündigung

- (1) Der Auftragnehmer und der Auftraggeber sind zur Kündigung des Vertrags aus wichtigem Grunde berechtigt (§ 648a BGB). Das Recht des Auftraggebers zur ordentlichen Vertragskündigung nach § 648 BGB bleibt daneben unberührt.
- (2) Eine Kündigung dieses Vertrages durch den Auftraggeber aus wichtigem Grund kommt insbesondere in Betracht, wenn der Auftragnehmer:
 - a) die Eröffnung des Insolvenz- oder Vergleichsverfahrens über das Vermögen des AN oder die Ablehnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse betreibt oder
 - b) eine nachhaltige und erhebliche Verletzung von Vertragspflichten begeht – insbesondere hinsichtlich der Erbringung von mindestens der konzeptionell angebotenen Qualität der Leistung – und die Verletzung trotz Abmahnung nicht beseitigt.

Die AG kann auch dann den Vertrag ganz oder teilweise aus wichtigem Grund kündigen, wenn technische oder genehmigungsrechtliche Gründe zur Nichtdurchsetzbarkeit oder zur Nichterforderlichkeit des Projekts oder Teilen davon führen.

- (3) Kündigungen bedürfen der Schriftform (§ 650h BGB).
- (4) Im Fall der vorzeitigen Beendigung dieses Vertrages – gleich aus welchem Grund – hat der Auftragnehmer seine Arbeiten abzuschließen und deren bisherige Ergebnisse auf eine Weise zu ordnen, die eine Übernahme und Fortführung der Vertragsleistung durch einen Dritten ohne unangemessene Schwierigkeiten möglich macht. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die zur Fortsetzung der Arbeiten erforderlichen Unterlagen, insbesondere alle statischen Berechnungen, Berechnungsmodelle und Pläne, unverzüglich an den Auftraggeber herauszugeben.
- (5) Zur Feststellung des Leistungsstandes wird auf § 648a Abs. 4 BGB verwiesen; dieser findet im Falle einer ordentlichen Kündigung durch den Auftraggeber entsprechend Anwendung.
- (6) Im Falle der vorzeitigen Beendigung dieses Vertrages – gleich aus welchem Grund – wird das Honorar gemäß § 8 Abs. 1 HOAI anteilig für die nachgewiesenen erbrachten Grundleistungen abgerechnet. Die Prozentsätze der einzelnen Leistungsphasen gemäß

§ 8 Abs. 2 i.V.m. Anlage 14.1 HOAI sind dabei maßgeblich. Für nicht erbrachte Leistungen gilt im Falle einer Kündigung durch den Auftraggeber nach § 648 BGB die gesetzliche Regelung; der Auftragnehmer muss sich ersparte Aufwendungen anrechnen lassen und kann anderweitigen Erwerb abziehen.

§ 17 Urheberrechte und Schutzrechte Dritter

- (1) Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber das ausschließliche, unwiderrufliche und unbeschränkte Recht ein, statische Berechnungen, Bewehrungspläne, Schalpläne, Positionspläne und sämtliche sonstigen Unterlagen der Tragwerksplanung (in verkörperter wie in elektronischer Form), die der Auftragnehmer bei der Ausführung der Vertragsleistung für das Bauvorhaben erbringt, ganz oder teilweise ohne Mitwirkung des Auftragnehmers zu nutzen, zu ändern und zu verwerten. Dies gilt insbesondere auch bei einer vorzeitigen Beendigung dieses Vertrags.

Eine Weitergabe der statischen Berechnungen und der zugehörigen Berechnungsmodelle an Dritte ist dem Auftraggeber nur im Rahmen der Vertragsabwicklung und der behördlichen Genehmigung (insbesondere zur Vorlage beim Prüfeningenieur für Baustatik) gestattet; eine darüber hinausgehende Weitergabe bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers. Das eingeräumte Nutzungsrecht kann vom Auftraggeber im Rahmen des Projekts auf Dritte übertragen werden.

- (2) Soweit der Auftragnehmer die Ausführung der Vertragsleistung oder Teile davon auf Subunternehmer überträgt, garantiert er dem Auftraggeber auch an ihren urheberrechtlich geschützten Leistungen das uneingeschränkte Nutzungs-, Verwertungs- und Änderungsrecht.
- (3) Die Urheberpersönlichkeitsrechte des Auftragnehmers und seiner Subunternehmer bleiben durch die Übertragung von Nutzungs-, Verwertungs- und Änderungsrechten unberührt.
- (4) Der Auftragnehmer garantiert, dass alle Leistungen, die er oder seine Subunternehmer im Rahmen dieses Vertrags erbringen, frei von Rechten Dritter sind und stellt den Auftraggeber von möglichen Ansprüchen Dritter wegen Verletzung von Urheber- und Leistungsschutzrechten oder sonstigen Rechten frei.
- (5) Mit dem vereinbarten Honorar sind sämtliche Ansprüche des Auftragnehmers im Zusammenhang mit der Übertragung der Verwertungs-, Nutzungs- und Änderungsrechte an für das Bauvorhaben erstellten Unterlagen und erbrachten Leistungen abgegolten.

§ 18 Schlussbestimmungen

- (1) Die Parteien sind sich darüber einig, dass auf diesen Vertrag ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland anwendbar ist.
- (2) Im kaufmännischen Geschäftsverkehr wird als Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus diesem Vertrag der Sitz des Auftraggebers vereinbart.
- (3) Änderungen, Ergänzungen und Nebenbestimmungen bedürfen der Schriftform. Von diesem Schriftformerfordernis kann nur durch schriftliche Vereinbarung abgewichen werden.
- (4) Mündliche Nebenabreden zu diesem Vertrag sind nicht getroffen worden.
- (5) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages oder eine später in ihm aufgenommene Bestimmung ganz oder teilweise nichtig sein oder werden oder sollte sich eine Lücke in diesem Vertrag herausstellen, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen

nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, an Stelle der nichtigen Bestimmungen oder zur Ausfüllung der Lücke mit Rückwirkung diejenige wirksame und durchführbare Regelung zu vereinbaren, die rechtlich und wirtschaftlich dem am Nächsten kommt, was die Parteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieses Vertrages gewollt hätten, wenn sie diesen Punkt bei Abschluss des Vertrags bedacht hätten. Beruht die Nichtigkeit einer Bestimmung auf einem darin festgelegten Maß der Leistung oder der Zeit (Frist oder Termin), so gilt die Bestimmung mit einem dem ursprünglichen Maß am Nächsten kommenden rechtlich zulässigen Maß als vereinbart. Es ist der ausdrückliche Wille der Parteien, dass § 139 BGB insgesamt abbedungen ist.

.....

Auftraggeber

.....

Auftragnehmer